

grh Mitteilungen 9/22

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Telefon: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org

Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und 1. Donnerstag im Monat 09.00 bis 14.00 Uhr

Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB

Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

Der abstrakte Ruf nach Frieden reicht nicht

Hans Bauer zum Krieg in der Ukraine und dem Ringen um die richtige Position

Gegensätzliche Positionen zum Krieg in der Ukraine zerreißen zurzeit auch die kommunistische Bewegung. Sie behindern einheitliches Handeln. Ja, sie nutzen der imperialistischen Kriegspolitik, dienen der weiteren Verlängerung des Krieges.

Weitgehend Übereinstimmung gibt es bei der Beurteilung von NATO und EU und ihren Hauptstaaten. Gleichzeitig wird aber von Teilen der linken Bewegung die Militäroperation Russlands verurteilt – Hauptargument ist deren Bewertung als „völkerrechtswidriger Angriffskrieg“. Manche meinen, wir dürften für keine der beiden Seiten Partei ergreifen. Ein sozialistischer Staat sei ohnehin nicht involviert. Und schließlich, hat der Ausgang dieses Krieges für unseren Kampf überhaupt Bedeutung?

Selbstverständlich streiten Kommunistinnen und Kommunisten für eine friedliche Welt – nach innen und nach außen. Das gehört zum Wesenskern der Revolution. Der abstrakte Ruf nach Frieden reicht aber nicht. Der Kampf um ihn ist immer konkret-historisch. Auch imperialistische Kriege werden als Friedensmissionen verschleiert, so als „humanitäre Interventionen“.

Gesellschaftliche Erscheinungen untersuchen und beurteilen, Position beziehen und nach Erkenntnissen handeln – das ist die Pflicht der Kommunisten. Das gilt auch für Kriege zwischen kapitalistischen und/oder imperialistischen Staaten, nicht erst, wenn sozialistische involviert sind. Für die Analyse haben wir unsere marxistische Dialektik, die Tatsachen, Wechselwirkungen und komplexe Zusammenhänge erforscht. Auch im Ukraine-Krieg müssen wir nach dem Charakter dieses Krieges fragen, also nach seinen Ursachen und Anlässen, seinen Zielen, sei-

nen Nutznießern. Und nach den Konsequenzen für uns.

Die „Militäroperation“ vom 24. Februar 2022 ist Glied einer Kette in einem langen gegen Russland geführten Krieg. Anlass der Operation waren ein bevorstehender Angriff auf die beiden Donbassrepubliken sowie die Nazifizierung und Militarisierung der Ukraine, die eine unmittelbare Gefahr für die Russische Föderation und die russische Bevölkerung in der Ukraine darstellten. Die genannten Gründe wurden inzwischen durch weitere Beweise erhärtet. Seit Jahren steuerte die NATO systematisch auf eine solche militärische Konfrontation zu. Das waren nach Auflösung der Sowjetunion die NATO-Osterweiterung, provokative Großübungen an Russlands Grenzen, der Kiewer Maidan-Putsch 2014, der anschließende Bürgerkrieg mit 14.000 Toten sowie die Militarisierung und Faschisierung der Ukraine – all dies begleitet von beispiellosem Russenhasse und völkerrechtswidrigen Sanktionen. Mit Informations- und Wirtschaftskriegen sollte Russland international diskreditiert, isoliert, seine Wirtschaft „ruiniert“ werden. „Friedliche Streitbeilegung“, auch ein Prinzip der UNO (Kapitel VI der Charta), von Russland immer wieder gefordert, wurde permanent missachtet.

Die strategischen Ziele des Krieges gegen Russland haben NATO-Politiker und -Strategen schon lange vor dem 24. 2. 2022 klar formuliert: Die USA wollen Russlands Einfluss auf die globale Politik ausschalten sowie seine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Westeuropa, vor allem mit Deutschland, verhindern. In ihrem Hegemoniestreben beabsichtigen sie sodann, sich voll auf die Auseinandersetzung mit China zu konzentrieren. Deutschland strebt nach einer Führungsrolle in der EU und an der Seite der USA nach größerer Weltgeltung. Für dieses Ziel sind ihm gegen Russland alle Mittel recht.

Wie positionieren wir uns? Russland verteidigt legitime Sicherheitsinteressen. Deren „Erheblichkeitsschwelle“ wird wesentlich auch von historischen Erfahrungen mit bestimmt. Das Herausgreifen und die Betonung eines einzelnen Moments für die Bewertung dieses Krieges wird einer marxistischen Analyse nicht gerecht.

Wie eine Welt unter der Hegemonie der USA aussähe, wissen wir. Die „westliche Wertegemeinschaft“ hat sich in Bezug auf Frieden und Menschenrechte schon lange disqualifiziert. Nicht nur für uns bieten sich günstigere Wirkungsbedingungen in einer multipolaren Welt.

Die Hoffnung der Menschheit könnte ein sozialistisches China sein. Allein: Das darf uns in diesem Krieg nicht zum „neutralen“ Beobachter machen.

Schließlich dürfen wir als deutsche Kommunistinnen und Kommunisten niemals unsere besondere historische Verantwortung gegenüber Russland vergessen.

Es gibt also gute Gründe, für eine Beendigung des Krieges mit gleichberechtigter Sicherheit für Russland einzutreten und dies zu verbinden mit dem Kampf gegen die NATO und den Hauptfeind im eigenen Land (*aus UZ vom 19.8.2022, geringfügig erweitert*).

"Experten" der Bundesstiftung ... in die Produktion!

Anton Gentzen (Auszüge aus einem Online-Beitrag)

Ideologisierte Sittenwächter: Die schräge Debatte um Ostalgie-Suppen

Dose des Anstoßes: Tomatensoße aus dem Onlineangebot von Rewe

Ostalgie-Produkte sind seit vielen Jahren Verkaufsschlager in Ostdeutschland. Nachdem die früheren DDR-Bürger ihren Konsumhunger nach zuvor unzugänglichen Marken gestillt hatten, setzte eine Rückbesinnung auf Bewährtes und Altbekanntes ein. So manches erlangte gar Kultstatus.

Gestört hat es bislang niemanden, doch je größer der zeitliche Abstand zur DDR wird, desto abstrusere Formen nimmt ihre Bekämpfung an: Von irgend etwas müssen die professionellen "Geschichtsaufarbeiter" ja leben.

Bundesstiftung mit Selbsterhaltungstrieb

Die "Bundesstiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur" ist so ein bürokratischer Organismus, dessen Existenzberechtigung man mehr als dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung hinterfragen muss. Die DDR hat vierzig Jahre existiert, dreißig Jahre wird sie nun schon "aufgearbeitet", noch ein paar

Jahre und die "Aufarbeitung" wird länger gedauert haben als die Existenz.

Mittlerweile nähert sich eine Generation dem Rentenalter, die 1989 zu jung war um "Täter" gewesen zu sein. Und auch das "erlittene Unrecht", dessen sich Mächtigen-"Opfer" rühmen, wird immer infantiler: Beim kollektiven Töpfchensitzen im Kindergarten sind wir da schon angekommen. Von Leuten, die heute zwischen dreißig und vierzig sind, zu hören, sie hätten "40 Jahre unter der SED gelitten", ist ohnehin lächerlich.

Doch hinter solch einer bürokratischen Struktur wie der "Bundesstiftung" stehen konkrete Interessen konkreter Personen. Beamte und Angestellte, "Experten" und "Berater", die weiter Monat für Monat üppige Gehälter und Besoldungen, Aufwandsentschädigungen und Spesen kassieren und in den bequemen Sesseln in der Berliner Kronenstraße alt werden wollen. Ohne irgendwas Neues lernen zu müssen. Und im Fall der "Bundesstiftung zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur" ist das gegenwärtige Bürokraten-Dasein besonders bequem: Man bekommt dort Geld, seien wir ehrlich, im Grunde fürs Nichtstun.

Jede bürokratische Neugründung entwickelt rasch ein Eigenleben. Und einen Selbsterhaltungstrieb. Das Beispiel NATO zeigt: Man wird sie nie mehr los. Je nach eigenen Möglichkeiten, sind diejenigen, die sich auf den diversen Stufen der Karriereleiter in der jeweiligen Struktur befinden, zu allem bereit, nur um ihre Büros und Gehälter in alle Ewigkeit zu erhalten. Selbst vor der Vernichtung der Menschheit würden sie nicht zurückschrecken, um "ihren" Futtertrog vor Reform und gar Abschaffung zu bewahren.

Die Möglichkeiten der "Bundesstiftung" sind da zum Glück etwas bescheidener. Sie kann nur Wind machen.

Suppendosen mit Staatssymbolen

Die Handelskette Rewe wollte die Ostalgie-Welle reiten und ließ sich etwas Besonderes einfallen. Man bietet den Kunden dort aktuell nicht einfach nur Feldsuppe und Soljanka, sondern "NVA-Feldsuppe" und "Schulküchen-Soljanka" an. Und nicht nur das: Damit kein Ostalgiker sie in den Regalen übersieht, ziert die Suppendosen bei Rewe das DDR-Wappen. So ganz stilecht ist dies nicht, denn in den DDR-Kaufhallen waren weder Suppen noch Schokolade mit Staatssymbolen versehen. Auch Alkohol, Zigaretten, Wurstverpackungen und Speisequark kamen ganz ohne Staatssymbole über die Ladentheke.

Wohl zufällig, zumindest hat es so der Berliner Tagesspiegel in Erfahrung gebracht, stieß nun die besagte um die Rechtfertigung ihrer Weiterexistenz ringende "Bundesstiftung" auf das Rewe-Angebot. Und witterte das Bürokratenleben rettende, "öffentlichkeitswirksame" Schlagzeilen:

"Vor wenigen Tagen entdeckten Mitarbeitende der Stiftung gleich drei Produkte mit diesem Hintergrund in einem Rewe-Markt am Ostbahnhof in Friedrichshain. Wie sich das mit dem Firmen-Leitbild einer besonderen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft vertrage, wollte daraufhin die Direktorin der Stiftung, Anna Kaminsky, von der Kölner Konzernleitung wissen."

Die Antwort der Rewe-Region Ost - nachdem der Rewe-Konzern die Bürokraten der Bundesstiftung zur Gaudi aller Interessierten etwas in dem eigenen bürokratischen Zuständigkeitsgewirr strampeln ließ - laut Tagesspiegel: Die Märkte listeten solche Produkte "auf Wunsch der Kundschaft". "Verpackung und Produktaufmachung" lägen "im Verantwortungsbereich des Inverkehrbringers". Die Bundesstiftung möge sich daher an die Lieferanten wenden oder gleich an die Justiz, wenn sie einen Rechtsverstoß in den Produkten sehe.

Dem Tagesspiegel gegenüber bestätigte Rewe-Sprecher Thomas Bonrath den Sachverhalt im Wesentlichen. Man habe die Stiftung darauf hingewiesen, dass Rewe-Märkte in Berlin und den östlichen Bundesländern verschiedene Produkte "der Lieferanten MHV GmbH und Kelles Klädener Suppenmanufaktur GmbH" als optionale, regionale Sortimentsbausteine führten. Zudem seien die genannten Konserven auch bei Wettbewerbern erhältlich. Der Rewe-Sprecher laut Tagesspiegel:

"Vor der Mail der Bundesstiftung haben uns zu den Produkten auch noch nie kritische Stimmen erreicht."

Anton Gentzen empfiehlt am Schluss: Besser wäre es allerdings, wenn man sie (die Bundesstiftung) und ihre "Mitarbeitenden" sofort nützlicher Arbeit, zum Beispiel in den Wäldern Sachsen-Anhalts, wo derzeit finnische Subunternehmer das Baumfällen übernehmen müssen, zuführt. Um es in Abwandlung einer bekannten Forderung aus dem Herbst 1989 zu formulieren: "**Bundesstiftung in die Produktion!**"

Anmerkung der GRH: Unser Dank an Anton Gentzen für seinen erhellenden Beitrag. Offenbar hat die teure Stiftung mit ihren giftigen Tentakeln zunehmend Probleme, das Interesse der Öffentlichkeit zu wecken und wach zu halten. Da mussten sich die "Experten" schon Neues einfallen lassen.

Und seien es Spione in Supermärkten, um verdächtige DDR-Symbole zu entdecken. Fündig würden sie auch auf Bauernhöfen werden, wo noch manche (kommunistische) Sichel auf Entdeckung wartet. Damit könnten Frau Kaminsky & CO. sogar produktive Landarbeit leisten. Und in den Pausen "NVA-Feldsuppe" und "Schulküchen-Soljanka" genießen (HB).

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat September, insbesondere den folgenden Jubilaren, und wünscht ihnen beste Gesundheit, Kraft, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben.

zum 96. Geburtstag

Hans Krüger, Potsdam

zum 91. Geburtstag

Frank Röhner, Petershagen

zum 90. Geburtstag

Dr. Wolfgang Kopatz, Berlin

Gisbert Graff, Berlin

zum 85. Geburtstag

Renate Paulsen, Berlin

Helmut Nitsch, Groß Köris

zum 80. Geburtstag

Birgit Lohmann-Rosenbaum, Berlin

zum 75. Geburtstag

Helena Peplinski, Bestensee

Hinweise auf Veranstaltungen

Am **03.10.2022, 10.00 - 12.00 Uhr** findet im Haus der Russischen Wissenschaft und Kultur in Berlin, Friedrichstraße, eine Veranstaltung des OKV mit Dr. Arnold Schölzel statt, der via Netz mit Ulrich Heyden dessen Buch "**der längste krieg in Europa seit 1945**" bespricht.

Dr. Matthias Werner wird begrüßen und durch die Veranstaltung führen. Tino Eisbrenner wird mit seinen Liedern für die nötige künstlerisch-emotionale Stimmung sorgen. Der kleine Buchladen wird das Buch anbieten. Der Eintritt ist frei.

Für die „Alternative Einheitsfeier 2022“ des OKV am **07.10.22, 10:00 bis 12:00 Uhr** im Münzenbergsaal des Bürogebäudes am Berliner Franz-Mehring-Platz 1 sind in der Geschäftsstelle

der GRH noch Restkarten zum Preis von 5,00 € erhältlich.

Der Freundeskreises Kultur- und Bildungsreisen im OKV veranstaltet am **10. November 2022** seine kostenpflichtige traditionelle Herbstveranstaltung von 10:00 bis ca. 15:00 Uhr ebenfalls im Münzenbergsaal. Anmeldungen bei Dr. Carola Weiß sind erforderlich. Tel.: 0173-6102512 oder per Mail: gbm.dr.weiss@gmail.com

Eva Ruppert, 6.8.22

GEGEN DAS SCHWEIGEN

Schweigen

bannt nicht die Gefahr.

Die Herrschenden

sagen nicht offen, was war,

als zehntausend Sonnen

aus einem Flugzeug fielen,

nicht fünfzig Grad Hitze

– wie heute –

nein, unermessliche Glut,

Ströme von Blut

unschuldiger Leute.

Nie zu vergessen.

Atomtod

lässt sich nicht messen.

Die Herren von heute

haben eigene Ziele,

wenn sie schweigen,

Reue nicht zeigen.

Rüstung und Waffen

sollen Reichtum schaffen.

Spaß und Spiele

für viele.

Nicht einmal Brot.

Der nächste Krieg

verheißt keinen Sieg.

Nur Vernichtung und Tod.

Erinnern an den 6. August

tut Not!

Sowjetisches Siegesdenkmal in Riga: Demontage läuft

Raimon Brete, Chemnitz

Ungeheuerliches geschieht in den Baltischen Staaten, in Polen und darüber hinaus in osteuropäischen Ländern.

Symbole eines opferreichen antifaschistischen Kampfes der Völker der Sowjetunion, der mit der Befreiung und dem Ende des 2. Weltkrieges erfolgreich endete, werden abgerissen. Die alten Faschisten und Kollaborateure mit der SS und Wehrmacht, die für den hunderttausendfachen Tod unschuldiger Kinder, Frauen und Männer verantwortlich sind, werden öffentlich geehrt und beziehen Renten, auch aus Deutschland.

Mit der Schändung, dem Schleifen der antifaschistischen Denkmäler, und das sind die zum Abriss freigegeben sowjetischen Ehrenmale, werden die Toten und Verwundeten der Befreier Europas vom Faschismus ein zweites Mal symbolisch getötet. Ihnen wird die Ehre und der Respekt für ihren heroischen Kampf genommen.

Es ist wohl eine beginnende Rehabilitation für die Ziele eines verbrecherischen Krieges des deutschen Imperialismus und seiner Helfershelfer in Politik sowie Wirtschaft.

Welch ein Hohn und welche verabscheuenswerte Heuchelei seitens der Politiker Deutschlands, der EU und Nato, wenn sie jetzt den Befreiern vom Faschismus ihre Denkmäler nehmen lassen und den Bandera -Verehrern in Kiew Beifall und Unterstützung gewähren.

Ehrendes Gedenken unseren verstorbenen Mitgliedern

Gerhard Plomann aus Ludwigsfelde

Er verstarb am 8. Juli 2022

im Alter von 86 Jahren

Gudrun Benser aus Berlin

Sie verstarb am 24. Juli 2022,

wenige Tage vor ihrem 90. Geburtstag

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen

Der Vorstand, TAG Marzahn